

Österreich 10 Jahre in der EU: Elemente einer ökonomischen Gesamteinschätzung

Peter Mooslechner

**„Die Dichte der Ereignisse . . . ließ den Eindruck entstehen,
dass sich das Rad der Zeit beschleunigt hat.“
Liebscher (1996; S. 2)**

Seit zehn Jahren ist Österreich Mitglied der EU. Vor allem aus politischen Gründen konnte der ökonomisch durchaus schon früher vorstellbare EU-Beitritt erst nach dem Ende der Sowjetunion realisiert werden. Die Bilanz dieses Jahrzehnts kann durchaus positiv eingeschätzt werden, auch wenn die Fülle der gleichzeitig relevanten Veränderungen – von weltweiten Liberalisierungstrends über die Ostöffnung bis zur Währungsunion – die Abgrenzung reiner EU-Effekte kaum zulässt. Ebenso ist davor zu warnen, den europäischen Integrationsprozess angesichts seines umfassenden Ansatzes allein unter ökonomischen Aspekten zu sehen. Grundsätzlich verändert hat der EU-Beitritt die Institutionenlandschaft, die heute von der europäischen Ebene dominiert wird. Deutliche Spuren hat der EU-Beitritt auch auf den Finanzmärkten und im Außenhandel sowie auf dem Arbeitsmarkt und im Regulierungssystem hinterlassen. Viele dieser Veränderungen wären auch ohne EU-Beitritt unvermeidlich gewesen. Dieser hat jedoch vielfach als Katalysator für Neuerungen gewirkt, manche Strukturanpassung wäre ohne ihn wahrscheinlich später erfolgt oder unterblieben.

Nach einem langen - und durchaus facettenreichen¹ – „Wahl“kampf stimmten beim EU-Referendum am 12. Juni 1994 mehr als 66% der teilnehmenden, wahlberechtigten Österreicherinnen und Österreicher für einen Beitritt Österreichs zur EU. Damit fiel die Zustimmung zu diesem fundamentalen Integrations Schritt überraschend deutlich aus, auch im Vergleich zu den beiden gleichzeitig beitretenden skandinavischen Ländern Finnland (57%) und Schweden (52%). Am 24. Juni 1994 fand beim Europäischen Rat in Korfu die Unterzeichnung der Beitrittsverträge statt, seit 1. Jänner 1995 ist Österreich Mitglied der EU.

Ausgehend von dieser Mehrheit der österreichischen Bevölkerung zum Zeitpunkt des EU-Referendums erscheint ein Zeitraum von zehn Jahren sicherlich geeignet, eine erste Einschätzung der seither verzeichneten

ökonomischen Entwicklung unseres Landes vorzunehmen. Nach aktuellen Umfrageergebnissen sprechen sich heute nahezu drei Viertel der österreichischen Bevölkerung für einen Verbleib in der EU aus.² Dabei liegen die Werte für die Altersgruppen bis 50 Jahre über dem Bevölkerungsdurchschnitt, am deutlichsten mit 83% in der Altersgruppe bis 25 Jahre. Immerhin 67% der österreichischen Bevölkerung bewerten die zehn Jahre Österreichs in der EU mit den Noten „sehr gut“ bis „befriedigend“.³

Trotz dieser positiven Bewertungen dürfen aber auch die kritischen Aspekte nicht ausgeblendet werden, die die österreichische Bevölkerung mit der EU-Mitgliedschaft verbindet: So bezeichnen nur 55% der Befragten heute die Entscheidung für den EU-Beitritt als richtig, bei wiederum höheren Zustimmungsraten in den jüngeren

¹ Siehe dazu z. B. entsprechende rückblickende Darstellungen wie „Aufbegehren gegen die Gurke“, Kurier vom 17. Jänner 2005 oder „Schokoladetafeln aus Rinderblut oder Schildläuse im Joghurt, das sind Themen, die vielen aus der Beitrittsdiskussion Anfang der Neunziger Jahre noch in Erinnerung sind“, Ö1 Mittagsjournal, 12. Jänner 2005.

² Österreichische Gesellschaft für Europapolitik: „Mini-Referendum“ über die EU-Verfassung – EU-Mitgliedschaft und die Folgen. Wien. April 2005.

³ Österreichische Gesellschaft für Europapolitik: Die Einstellung der Österreicher zu EU-Mitgliedschaft und EU-Verfassung. Wien. Februar 2005.

Altersgruppen (bis 25 Jahre: 71%; 26 bis 35 Jahre: 59%). Bei besonders sensiblen Fragen (Transitverkehr, Kernkraftwerke etc.) hat sich die Einschätzung gegenüber 1994 weiter verschlechtert. Auch die Einstellung zum EU-Verfassungsvertrag ist zwar positiv (46%), aber keinesfalls überwältigend. In ökonomischer Hinsicht sehen die Österreicherinnen und Österreicher ihre Erwartungen hinsichtlich des EU-Beitritts nur teilweise erfüllt⁴ und im Hinblick auf den Erweiterungsprozess der EU weist Österreich mit 62% ausdrücklicher Ablehnung den höchsten Wert in der EU-25 aus (Eurobarometer, Dezember 2004).

Vor diesem Hintergrund zieht das vorliegende Schwerpunktheft von Geldpolitik & Wirtschaft aus dem Anlass der zehnjährigen EU-Mitgliedschaft Österreichs eine Zwischenbilanz der institutionellen, ökonomischen und wirtschaftspolitischen Entwicklungen, wie sie aus der Perspektive einer im europäischen Integrationsprozess aktiven Notenbank wesentlich erscheinen. Weder wird damit jedoch eine vollständige Darstellung angestrebt noch ein abschließendes Urteil für möglich erachtet. Insbesondere ist davor zu warnen, den europäischen Integrationsprozess allein unter ökonomischen Aspekten zu sehen (Liebscher, 1996, S. 3).

Diese einleitende Studie versucht die im Weiteren im Detail behandelten Fragen in einen größeren Zusammenhang einzuordnen sowie eine Zusammenführung der Einschätzungen darzustellen, wie sie sich aus den hier vorgelegten Analysen vor dem Hinter-

grund der entsprechenden Literatur ergeben.

1 Österreichs langer und spezifischer Weg in die EU

Das Bild der ersten zehn Jahre Österreichs in der EU wäre jedenfalls unvollständig, wenn man den langen und spezifischen Weg dorthin außer Acht lässt. Für diesen Weg waren eine Reihe überwiegend nicht ökonomischer Faktoren ausschlaggebend. Die lange Phase vor der EU-Mitgliedschaft „erklärt“ auch die wirtschaftspolitischen und institutionellen „Sonderwege“, die Österreich – nicht ganz erfolglos – in der Nachkriegszeit verfolgt hat. Vor allem in ökonomischer und in wirtschaftspolitischer Hinsicht war dann der Schritt in die EU – sowie anschließend in die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) – die folgerichtige Weiterentwicklung eines Kurses, den Österreich zuvor bereits eingeschlagen hatte.

Der durchaus als kompliziert zu bezeichnende Weg Österreichs in die EU war vor allem von zwei politischen Faktoren geprägt: von der historischen Position Österreichs an der Schnittstelle zwischen West- und Osteuropa⁵ und von den durch die Südtirol-Frage gekennzeichneten Beziehungen zu Italien. Im ökonomisch-wirtschaftspolitischen Sinn wäre der EU-Beitritt Österreichs schon viel früher „logisch“ gewesen, wenn auch noch keinesfalls als Gründungsmitglied anlässlich der Unterzeichnung der „Römer Verträge“ im März 1957. Damals wären es nicht nur politische sondern auch ökonomische Motive gewesen, die an der Qualifikation des kleinen und ökonomisch

⁴ Im Extremfall wird in Studien sogar die Auffassung vertreten, die überwiegende Mehrheit der österreichischen Bevölkerung – 73% bis 82% – würde mit den zehn Jahren EU-Mitgliedschaft eine Veränderung zum Schlechteren verbinden (APA: Österreicher sehr unzufrieden mit zehn Jahren EU-Mitgliedschaft, Wien, 3. Dezember 2004).

⁵ In diesem Sinn „passt“ der historische Bezug auch inhaltlich ganz genau, wie er sich in der Gleichzeitigkeit von 10 Jahren EU-Mitgliedschaft und 50 Jahren Staatsvertrag im Jahr 2005 ausdrückt.

alles andere als gefestigten Österreich für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) grundsätzliche Zweifel gerechtfertigt hätten (Seidel, 2005). Spätestens ab den späten Sechzigerjahren waren es aber eindeutig europapolitische Sensibilitäten, die eine frühere Teilnahme Österreichs an der ökonomischen Integration Europas verzögerten.

Erste Überlegungen einer österreichischen Anbindung an die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS/Montanunion) und EWG lassen sich bis in die Jahre 1956/57 zurückverfolgen (Sandgruber, 1995, S. 481). Das Anschlussverbot des Staatsvertrags und die Neutralität ließen diese Versuche aber als unrealistisch erscheinen und führten 1960 zur Teilnahme an der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) als Gründungsmitglied. Zielsetzung der EFTA war jedoch auch der Brückenschlag zur EWG, ausgedrückt etwa im Beitrittsesuch des Vereinigten Königreichs im Jahr 1961 bzw. den Assoziie-

rungsansuchen Österreichs, Schwedens und der Schweiz. Mit dem Veto Frankreichs gegen einen EU-Beitritt des Vereinigten Königreichs im Jänner 1963 konnte jedoch von einer raschen Zusammenführung von EWG und EFTA nicht mehr ausgegangen werden. Neben dem Widerstand der Sowjetunion waren vor allem die wegen der Südtirol-Frage gespannten Beziehungen zum EWG-Mitglied Italien das entscheidende Hindernis für Österreich. Angesichts der Probleme mit dem im Jahr 1964 beschlossenen Südtirol-Paket stellte sich Italien ab dem Jahr 1967 klar gegen alle österreichischen Annäherungswünsche. Schließlich dauerte es bis 1992, bis der Operationskalender zum Südtirol-Paket voll erfüllt war und eine offizielle Streitbeilegungserklärung den Konflikt formal abschloss. Inzwischen waren freilich ab 1989 die Ostöffnung, das Ende der Sowjetunion und die deutsche Wiedervereinigung für den europäischen Einigungsprozess bestimmend geworden.

Eine kurze Geschichte des langen Wegs Österreichs in die EU

- 1952 EGKS/Montanunion – Pariser Vertrag vom April 1951
- 1958 EWG – Römische Verträge vom März 1957
- 1960 Gründung der EFTA mit Österreich als Mitglied
- 1961 Assoziierungsansuchen von Österreich, Schweden und der Schweiz, gleichzeitig mit dem Beitrittsge- such des Vereinigten Königreichs
- 1963 Veto Frankreichs gegen den EWG-Beitritt des Vereinigten Königreichs vertagt den Erweiterungs- prozess
- 1967 Zusammenführung von EGKS/Montanunion, EWG und Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) zur Europäischen Gemeinschaft (EG)
- 1968 Zollunion verwirklicht
- 1973 Vereinigtes Königreich, Irland und Dänemark treten der EG bei; Freihandelsabkommen der EFTA-Länder mit der EG treten in Kraft
- 1979 Europäisches Währungssystem (EWS)
- 1981 Griechenland tritt der EG bei
- 1986 Portugal und Spanien treten der EG bei
- 1987 Einheitliche Europäische Akte
- 1989 Beitrittsgesuch Österreichs zur EG
- 1989 Beschluss des Delor-Plans für eine Wirtschafts- und Währungsunion beim Europäischen Rat in Madrid
- 1993 Vertrag von Maastricht vom Februar 1992
- 1993 Europäischer Binnenmarkt
- 1993 Beginn der offiziellen Beitrittsverhandlungen mit Finnland, Norwegen, Österreich und Schweden
- 1994 EWR unter Teilnahme Österreichs
- 1994 Abschluss der Beitrittsverhandlungen und EU-Referendum (12. Juni 1994)
- 1995 Finnland, Schweden und Österreich treten der EU bei
- 1999 WWU mit elf Teilnehmerländern und WKM II (nur Dänemark)
- 1999 Vertrag von Amsterdam vom Oktober 1997
- 2001 Griechenland wird Mitglied des Euroraums
- 2001 Vertrag von Nizza
- 2002 Euro-Bargeld
- 2004 EU-Erweiterung um acht Staaten Osteuropas plus Malta und Zypern

Eine ab 1969 offenere Integrationspolitik Frankreichs führte 1972 zur EU-Erweiterung um das Vereinigte Königreich, Irland und Dänemark. Gleichzeitig kam es zu einer Reihe von Freihandelsverträgen zwischen der EU und der EFTA, die bis 1977 zu einer Freihandelszone – mit Ausnahme der Landwirtschaft – führten. Die Integrationsdynamik erlebte dann ab 1985 durch die Einheitliche Europäische Akte, den Binnenmarkt, den Delors-Plan und schließlich den Maastricht-

Vertrag einen neuen Höhenflug (Brunn, 2002). Österreich nutzte die durch den Auflösungsprozess der Sowjetunion veränderte Lage und stellte 1989 einen Beitrittsantrag, 1991 folgten Malta und Zypern, Schweden, Finnland, Norwegen und die Schweiz. Im Mai 1992 kam es zu einem Abkommen zwischen der EU und der EFTA über die Schaffung des EWR, der 1994 in Kraft trat. Nahezu gleichzeitig wurden die Beitrittsverhandlungen mit Österreich, Finnland und Schweden abge-

schlossen, die im EU-Beitritt dieser drei Länder mit 1. Jänner 1995 resultierten.⁶

2 Makroökonomischer Kurzbefund

Auch wenn es unbefriedigend erscheinen mag, ein eindeutiges Urteil zu den makroökonomischen Effekten des EU-Beitritts kann und wird es seriöserweise nicht geben. In erster Linie lassen das drei Aspekte nicht zu: (i) Zum einen wird die Frage, welche Entwicklung die österreichische Volkswirtschaft ohne Beitritt zur EU in den vergangenen zehn Jahren genommen hätte, immer nur spekulativ zu beantworten sein. (ii) Zum anderen war die ökonomische Entwicklung in diesem Zeitraum einer Fülle von Schocks – von Wechselkurs- und Aktienmarktkrisen bis zu den Terroranschlägen im September 2001 – ausgesetzt, die den normalen Pfad der Weltwirtschaft markant beeinflusst haben. (iii) Schließlich summierten sich auf europäischer Ebene mehrere Integrationsprozesse, die die isolierte Betrachtung erschweren. Dazu zählen weltweite Liberalisierungsprozesse (z. B. im Rahmen der WTO), Integrationsprozesse in der EU selbst (z. B. Binnenmarkt) sowie die zwischen der EU und

anderen Ländern stattgefundene ökonomische Integration (z. B. EWR), überlagert von fundamentalen Entwicklungen wie der EU-Erweiterung und der WWU.

Insbesondere im Fall eines kleinen und international stark verflochtenen Landes ist es deshalb kaum möglich, die Auswirkungen einzelner Integrationseffekte mit genügend großer Trennschärfe voneinander abzugrenzen.

Breuss (1992; 1996; 1999) hat für Österreich die fundiertesten Modellschätzungen zur Berechnung der Beitrittseffekte getrennt nach Wirtschaftsunion und Währungsunion vorgelegt. Die gebotene vorsichtige Interpretation seiner Ergebnisse legt nahe, dass für die Teilnahme an der realwirtschaftlichen Integration Europas über einen Zeitraum von rund zehn Jahren für Österreich von einem positiven Wachstumsimpuls von rund 0,5 Prozentpunkten pro Jahr ausgegangen werden kann (Tabelle 1). Dabei bestätigen die engen Bandbreiten der Schätzungen den relativ hohen Sicherheitsgrad der Ergebnisse, während sich etwa die Effekte der Währungsunion als positiv, wegen der großen Bandbreiten aber auch als deutlich unsicherer erweisen.

⁶ Das Beitrittsgesuch der Schweiz wurde durch eine negative Volksabstimmung bereits 1992 hinfällig; in Norwegen lehnte die Bevölkerung den ausverhandelten EU-Beitritt 1994 in einem Referendum mit 52% ab. Die Beitrittsanträge von Malta und Zypern führten zur Aufnahme dieser beiden Länder in die EU im Rahmen der jüngsten Erweiterungsrunde um insgesamt zehn neue Mitgliedsländer im Jahr 2004.

Tabelle 1

Gesamtwirtschaftliche Effekte der WWU

kumulierte BIP-Effekte in Prozentpunkten

	EU		Österreich	
	Bandbreite	Mittelwert	Bandbreite	Mittelwert
Wirtschaftsunion				
Statische Effekte:				
Effizienzsteigerung	2,5–6,5	4,5	3,5	3,5
Dynamische Effekte:				
Economies of scale, Investitionsstimulierung	0,5–9,0	4,8	1,0–4,0	2,5
Insgesamt	3,0–15,5	9,3	4,5–7,5	6,0
Währungsunion				
Statische Effekte:				
Einsparung an Transaktionskosten durch Wegfall des Währungsumtausches	0,3–1,0	0,5	0,5	0,5
Dynamische Effekte:				
Economies of scale	0,0–28,8	14,5	0,0–28,8	14,5
Kapitalbildung durch Wegfall der Risikoprämie	0,0–0,8	0,5	0,0–0,8	0,5
Kapitalbildung durch Wegfall der Risikoprämie	0,0–28,0	14,0	0,0–28,0	14,0
Insgesamt	0,3–29,8	15,0	0,5–29,3	15,0
WWU insgesamt	3,3–45,3	24,3	5,0–36,8	21,0

Quelle: Breuss (1992), S. 546.

Wirtschaftsunion: Binnenmarkt ab 1. Jänner 1993 und wirtschaftliche Koordination.

Währungsunion: Einheitswährung und gemeinsame Geldpolitik ab 1999.

Dynamische Effekte: Je zur Hälfte innerhalb von zehn Jahren bzw. längerfristig wirksam (unsichere Schätzungen).

Insgesamt fällt der makroökonomische Befund für die Entwicklung seit dem EU-Beitritt weitgehend günstig aus:⁷ Zwar kann das Wirtschaftswachstum keineswegs als zufrieden stellend qualifiziert werden, dieses war jedoch wesentlich von der schwachen Wirtschaftsentwicklung der für Österreich wesentlichen Absatzmärkte – z. B. Deutschland, Italien und Schweiz – bestimmt. Die österreichische Inflationsrate verblieb nicht nur auf dem traditionell niedrigen Niveau, sie ging trotz der günstigen Ausgangsposition im Einklang mit der internationalen Entwicklung sowie durch Wettbewerbseffekte im Rahmen der Integration weiter zurück.⁸ Die Arbeitslosenquote wies einen leicht steigenden

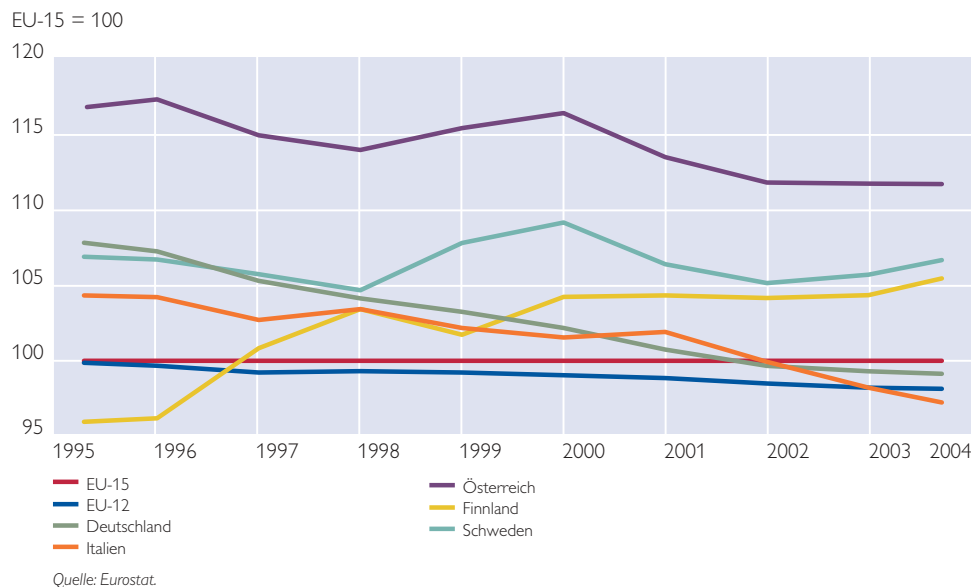
Trend auf, lag jedoch auch im Durchschnitt der zehn Jahre in der EU bei weniger als der Hälfte des EU-15-Niveaus. Deutlich verbessert zeigt sich im Gefolge des EU-Beitritts die Fiskal- und Leistungsbilanzsituation. Dass – abgesehen von dem insgesamt unbefriedigenden Wachstum in Europa – das makroökonomische Gesamtbild der österreichischen Volkswirtschaft im vergangenen Jahrzehnt als durchaus günstig eingeschätzt werden kann, dazu haben die neuen Märkte in Osteuropa einen wesentlichen Beitrag geleistet. Gleichzeitig ist jedoch auch von positiven Effekten der vertieften Westintegration auf die österreichische Volkswirtschaft auszugehen.

⁷ Für entsprechende Analysen siehe beispielsweise Breuss (2005), Raiffeisen Research (2004) oder das Schwerpunktheft der Wirtschaftspolitischen Blätter Nr. 2 (2004).

⁸ Fluch und Rumler (in diesem Heft) ziehen in ihrer Studie eine ausführliche Bilanz der Inflationsentwicklung und der dafür maßgeblichen Einflussfaktoren.

Grafik 1

BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards für ausgewählte EU-Länder seit 1995



Eine umfassende Einschätzung der ökonomischen Situation Österreichs in der EU ermöglicht die Entwicklung des BIP pro Kopf zu Kaufkraftstandards (KKS). Wie sich zeigt, konnte Österreich seine Position im Spitzenfeld der EU-15 beim BIP pro Kopf in KKS seit dem EU-Beitritt durchaus halten.⁹ Zwar ging der Indexwert relativ zur EU-15 zwischen 1995 bis 2004 von 116,6 auf 111,6 zurück, die Verluste für Deutschland (107,9 auf 98,7) oder Italien (104,2 auf 96,5) waren jedoch ungleich deutlicher ausgeprägt. Österreich wurde in diesem Zeitraum von Dänemark und Irland überholt, wobei Dänemark nur einen leichten Rückgang beim BIP pro Kopf zu verzeichnen hatte, während Irland die größte Steigerung aller EU-Länder verzeichnete. Heute liegt Österreich beim BIP pro Kopf praktisch gleich auf mit Dänemark an dritter Stelle unter den EU-Ländern, vor bzw. sogar

mit wachsendem Abstand vor den großen EU-Ländern, aber auch vor Belgien und den Niederlanden. Selbst gegenüber Finnland, das seit 1995 einen markanten Aufholprozess verzeichnen konnte, besteht weiterhin ein signifikanter Vorsprung.

Eine interessante Perspektive bietet der Vergleich zwischen Österreich, Finnland und Schweden (Pointner in diesem Heft), die 1995 gemeinsam der EU beigetreten sind. Wie sich zeigt (Breuss, 2005, S. 8) konnte lediglich Finnland seine Position gemessen am BIP pro Kopf in KKS seit dem Beitritt substantiell verbessern, von etwas unter dem EU-15-Durchschnitt im Jahr 1995 auf etwas über dem EU-15-Durchschnitt im Jahr 2004. Diese Verbesserung fand fast zur Gänze in den Jahren 1996 bis 1998 statt, in denen Finnland die tiefe Krise seiner Volkswirtschaft nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion endgültig über-

⁹ Daten laut Eurostat, Pressemitteilung vom 3. Dezember 2004, Daten für 2004 entsprechend den vorliegenden Prognosen geschätzt bzw. laut Eurostat, Pressemitteilung vom 3. Juni 2005.

winden konnte. Seither blieb das Niveau des finnischen BIP pro Kopf zu KKS konstant. Für Schweden lassen sich bezogen auf den Durchschnitt des Gesamtzeitraums nur geringe Schwankungen messen, für Österreich zeigt sich ein tendenzieller Rückgang relativ zum EU-15-Durchschnitt, unterbrochen von einer Aufwärtsbewegung in den Jahren 1998 bis 2000.

Vermutlich lassen sich diese Unterschiede weniger aus dem EU-Beitritt dieser Länder erklären, sondern vor allem durch die ausgeprägten Währungs- und Banken Krisen in Finnland und Schweden am Beginn der Neunzigerjahre sowie der stärkeren Außenhandelsverflechtung beider Länder mit den stark wachsenden Wirtschaftsräumen USA und Vereinigtes Königreich. Österreich litt demgegenüber unter dem nur unterdurchschnittlichen Wachstum seiner Hauptabsatzmärkte Deutschland, Italien und Schweiz, was nur teilweise durch die wachsende Bedeutung der osteuropäischen Exportmärkte kompensiert werden konnte.

3 Institutioneller Rahmen und die makropolitische Dimension der EU-Integration

Einen gegenüber der makroökonomischen Performance oft vernachlässigten Gesichtspunkt stellt die institutionelle Dimension des EU-Beitritts dar (Neisser und Puntcher-Riekmann, 2002). Dabei werden die ökonomischen Rahmenbedingungen eines Landes von den tief greifenden Veränderungen stark beeinflusst, die mit der Einbindung in die Institutionenlandschaft der EU verbunden sind. Zwar gibt es für alle beitretenden Länder zeitlich befristete materielle Über-

gangsbestimmungen verschiedenster Art, schlussendlich gilt jedoch uneingeschränkt die institutionelle Struktur der EU für alle Mitgliedstaaten.¹⁰ Neue EU-Mitgliedstaaten akzeptieren mit der Unterzeichnung des Beitrittsvertrags die institutionellen Rahmenbedingungen der EU. Die Bedeutung dieses Faktors variiert in erster Linie in Abhängigkeit davon, wie weit die Konvergenz eines Landes gegenüber der EU zum Beitrittszeitpunkt bereits fortgeschritten ist.

Die Anpassung der institutionellen Rahmenbedingungen eines Landes an den Acquis der EU umfasst ein weites Spektrum an Themenbereichen, vom Rechtssystem bis hin zu vielen für ökonomische und wirtschaftspolitische Fragen unmittelbar relevanten Institutionen, z. B. der Wettbewerbspolitik. Der Fall Österreich unterschied sich in dieser Hinsicht von den meisten anderen Fällen, da die spezifische historische Entwicklung vor dem EU-Beitritt auch in institutioneller Hinsicht bereits zu einer weitgehenden Konvergenz geführt hatte. Insbesondere im monetären Bereich hatte die lange Tradition der österreichischen Hartwährungspolitik sowie noch mehr die damit verbundenen realwirtschaftlichen Anpassungsnotwendigkeiten eine weitgehende Annäherung bewirkt, die den Übergang in die EU, in das EWS und den WKM und schließlich in die WWU nur mehr als vergleichsweise kleinen Schritt erscheinen ließ (Backé und Mooslechner, 2004).

Trotz des hohen Grads an historischer Annäherung an die EU belegen Dvorsky und Lindner in diesem Heft eindrucksvoll die substanziellen Veränderungen, die am Beispiel der OeNB trotzdem für eine wirtschaftspolitische Institution damit verbunden waren.

¹⁰ Eine aktuelle Darstellung der wichtigsten wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen findet sich in Breuss (2002).

Natürlich erfolgte der wesentliche geldpolitische Umbruch erst mit dem Beginn der Währungsunion. Schon die Phase der Mitgliedschaft in der EU bedeutete jedoch eine grundlegende Neuorientierung, die mit einer aktiven Rolle in den EU-Gremien sowie der intensiven Vorbereitung auf die Währungsunion charakterisiert werden kann. Im Unterschied dazu bedeutete der formal wichtige WKM-Beitritt angesichts der langen Hartwährungs-tradition kaum eine bemerkenswerte Veränderung der Rahmenbedingungen (Gnan et al. in diesem Heft).

Abgesehen von der Währungspolitik hatte die EU auf makropolitische Ebene vermutlich im Bereich der Fiskalpolitik den stärksten Einfluss. Wie bei Katterl und Köhler-Töglhofer in diesem Heft dargestellt, war die Ausrichtung der österreichischen Fiskalpolitik vor dem EU-Beitritt mehrfachen wichtigen Veränderungen unterworfen, von einer dominierenden antizyklischen Ausrichtung in den Siebzigerjahren bis zu mehrfachen Konsolidierungsphasen in den Achtziger- und Neunzigerjahren. Mit dem Beitritt zur EU und dem Ziel der Währungsunion wurden jedoch die EU-Zielsetzungen auch in der österreichischen Fiskalpolitik dominierend (Mooslechner, 2001). Seither bestimmten zunächst die Konvergenzkriterien für die Teilnahme an der Währungsunion, in weiterer Folge der Stabilitäts- und Wachstumspakt und insgesamt die wirtschaftspolitischen Koordinationsmechanismen der EU den wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum.¹¹ Die Rechtfertigung und Ausgestaltung der nationalen Budgetpolitik findet heute überwiegend auf europäischer Ebene und nach europäischen Regeln statt.

4 Finanzmarktintegration, Arbeitsmarkt und die Dynamik der Regulierungsstrukturen als Beispiele

Primär werden in diesem Heft einige der wichtigsten ökonomischen und wirtschaftspolitischen Entwicklungen im Zusammenhang mit der EU-Mitgliedschaft Österreichs analysiert. Daneben werden selektiv einige strukturelle Bereiche von besonderer Bedeutung behandelt. Aus geldpolitischer Perspektive gehören dazu vor allem Finanzmarktthemen, die sowohl für die Umsetzung des Binnenmarktkonzepts wie für die Effizienz der Geldpolitik in der Währungsunion wesentlich sind. Darüber hinaus werden mit Außenhandel, Arbeitsmarkt und Regulierungssystem weitere Spezialthemen untersucht, die als Rahmenbedingungen für die Geldpolitik wichtig sind.

Fuchs und Waschiczek arbeiten in ihren Studien in diesem Heft heraus, dass für die österreichischen Finanzmärkte mit der Vorbereitung auf und mit dem EU-Beitritt selbst ein massiver Internationalisierungsschub verbunden war. Teils deswegen, teils aber auch zur Stärkung der Position auf dem Heimmarkt wurde der durch die Deregulierung der Marktbedingungen geschaffene Spielraum in Unternehmenszusammenschlüssen, in Kapazitätsabbau sowie in Markterweiterungsstrategien investiert. Am markantesten davon war der konsequente Schritt nach Ost- und Südosteuropa, der die Position und die Ertragskraft der österreichischen Banken entscheidend gestärkt hat. Auch in diesem Fall sind aber die EU-Erweiterung und der EU-Beitritt so eng miteinander ver-

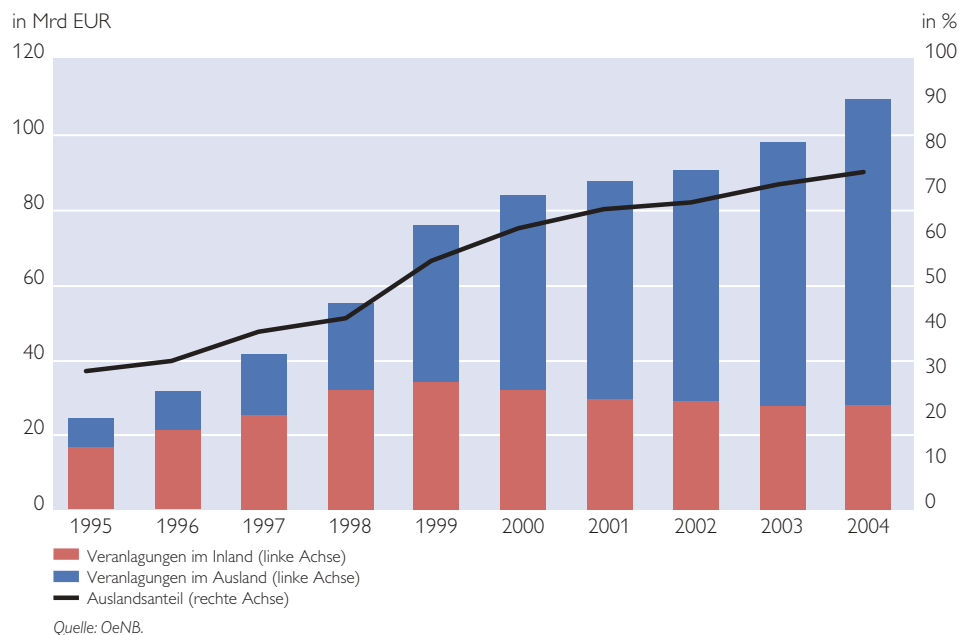
¹¹ Eine umfassende Darstellung dazu findet sich in Hughes-Hallett et al. (2001).

schränkt, dass eine Trennung der Effekte kaum möglich ist. Gleichzeitig wurde die Wettbewerbsposition des österreichischen Bankwesens gestärkt,

sodass der unmittelbare Konkurrenzdruck aus der EU auf den österreichischen Markt bisher vergleichsweise gering geblieben ist.

Grafik 2

Veranlagungsvolumen und Auslandsanteil österreichischer Investmentfonds



Für den Unternehmenssektor hat sich durch den Internationalisierungsprozess der Finanzierungsspielraum deutlich erweitert. So fällt der Schritt zu marktbasierter Finanzierungsformen auch für die aus der Tradition des Hausbankenprinzips kommenden österreichischen Unternehmen heute offenbar wesentlich leichter, wodurch die Kapitalmarktfinanzierung gegenüber der Bankenintermediation strukturell zugenommen hat. Demgegenüber blieben die (direkten) Effekte auf das Anlageverhalten der privaten Haushalte vergleichsweise gering. Indirekt hat der Internationalisierungsgrad der Haushaltssportefolios und die Aktienveranlagung – beispielsweise durch das stark gestiegene Veranlagungsvolumen in Investmentfonds – substantiell zugenommen.

Schließlich bleibt hervorzuheben, dass es sich bei der Internationalisierung der österreichischen Finanzmärkte vor allem um eine Europäisierung gehandelt hat. Gleichzeitig bewegen sich die Auslandspositionen in Richtung des Niveaus vergleichbarer Länder. Vor diesem Hintergrund kommt Pauer in seiner Studie in diesem Heft zum Schluss, dass trotz der ausgeprägten Internationalisierung die Finanzsystemstabilität durch die Einbindung in die europäische Regulierungs- und Aufsichtslandschaft tendenziell gestärkt worden ist. Braumann (2002) weist zu Recht darauf hin, dass für dieses positive Gesamtbild dem graduellen und stufenweisen Liberalisierungsprozess der österreichischen Finanzmärkte eine wichtige Rolle zukommt.

Zur realwirtschaftlichen Seite der mit dem EU-Beitritt verbundenen Internationalisierung zeigt Fidrmuc in diesem Heft, dass trotz aller Liberalisierungs- und Integrationsschritte der österreichische Außenhandel mit der EU vor 1995 bestenfalls stagniert hat. Der Schritt in die EU bedeutete einen positiven Impuls, der dann durch die Mitgliedschaft in der WWU noch verstärkt worden sein dürfte. Sowohl im Außenhandel wie noch stärker bei den Direktinvestitionen waren jedoch zunächst sicherlich die gegenüber Osteuropa verzeichneten Effekte der dominierende Faktor.

Schließlich greifen die beiden Studien von Stiglbauer und Janger in diesem Heft zwei spezifische Gesichtspunkte auf, die für eine kleine offene Volkswirtschaft in der europäischen Integration und für die Wirtschaftspolitik in der Währungsunion von essenzieller Bedeutung sind: den Arbeitsmarkt und die Veränderung der Wettbewerbssituation am Beispiel sektoraler Regulierungen.

Entgegen dem in den Medien und in der Öffentlichkeit vielfach vorherrschenden Bild kennzeichnet den österreichischen Arbeitsmarkt traditionell ein hohes Ausmaß an Flexibilität und Mobilität. Auch deshalb ist die Frage nach den Effekten der EU und der WWU auf den österreichischen Arbeitsmarkt nicht leicht zu beantworten. Die wesentlichen Probleme waren einerseits bereits vor dem EU-Beitritt hinreichend bekannt, andererseits wurde der Prozess der Flexibilisierung mehr oder weniger unabhängig davon fortgesetzt. Inwieweit die (leichten) Unterschiede hinsichtlich Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im Jahrzehnt vor bzw. nach dem EU-Beitritt mit diesem in Verbindung gesetzt werden können, muss angesichts der Fülle anderer Einflussfaktoren wohl offen

bleiben. Eindeutig belegen die Daten jedenfalls, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Volkswirtschaft auch in der EU durch die traditionelle Lohnmoderation substantiell gestärkt worden ist. Gleichzeitig wird aber sichtbar, dass vielfach bereits lange vor dem EU-Beitritt bestehende Forderungen – etwa nach einer Erhöhung der Erwerbsquote – auch nach zehn Jahren in der EU noch uneingeschränkt relevant sind.

Anders als auf dem Arbeitsmarkt bestand vor dem EU-Beitritt die Charakterisierung vermutlich zu Recht, dass manche Bereiche der österreichischen Wirtschaft eine besonders hohe Regulierungsdichte aufgewiesen haben, die entsprechend den ursprünglichen Intentionen dieser Regelungen nur mehr teilweise gerechtfertigt waren. Außerdem konnte von einer expliziten Wettbewerbspolitik internationalen Standards kaum gesprochen werden. Janger argumentiert am Beispiel der Regulierungssituation von Netzwerkindustrien, dass die entsprechende Marktöffnung wegen internationaler Verpflichtungen auch ohne EU-Beitritt früher oder später hätte erfolgen müssen. Der Sachgütersektor war durch seine exportorientierte Lage bereits lange vor dem EU-Beitritt weitgehend ungeschützt dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt. In diesem Umfeld hat der EU-Beitritt jedoch deutlich als Katalysator für entsprechende Reformen der Regulierungslandschaft gewirkt, vor allem indem der EU-Wettbewerbsrahmen zur expliziten Orientierung für eine Neugestaltung des österreichischen Regulierungssystems geworden ist.

5 Herausforderung europäische Wirtschaftspolitik

Gerade weil zehn Jahre seit dem EU-Beitritt Österreichs als langer Zeitraum erscheinen mögen, fällt es angesichts der Fülle der in diesem Zeitraum für die österreichische Volkswirtschaft wichtigen Einflüsse nicht leicht, eindeutig zuzuordnende Schlussfolgerungen zu ziehen. Zu wichtig waren die Effekte der Öffnung der osteuropäischen Märkte oder der Schaffung der WWU, als dass sie sich von den EU-Effekten mit genügender Trennschärfe unterscheiden ließen. Gleichzeitig war die österreichische Volkswirtschaft bereits lange vor der EU-Mitgliedschaft so eng mit den Märkten der EU-Staaten verbunden, sodass der formale Schritt des Jahres 1995 eher der Nachvollzug einer auf den Märkten bereits stattgefundenen Entwicklung war.

Zieht man die in diesem Heft aus Notenbanksicht als besonders relevant erachteten Bereiche – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – als Orientierungslinie heran, so fällt der Gesamtbefund von zehn Jahren Österreich in der EU positiv aus. Abgesehen von einer unbefriedigenden Wachstumsperformance, die jedoch als übergeordnetes europäisches Problem einzustufen ist, kann die makroökonomische Entwicklung Österreichs in der EU je nach Gewichtung der Indikatoren als weitgehend unverändert bis leicht verbessert eingeschätzt werden. Insbesondere konnte Österreich trotz der Herausforderungen der Integration seinen Platz in der Spitzengruppe der EU nach dem BIP pro Kopf zu KKS halten. Speziell gegenüber den großen EU-Mitgliedstaaten aber auch gegenüber der Erfolgsstory Finnland liegt Österreich weiterhin vorne.

Was der EU-Beitritt sicherlich bewirkt hat, ist eine teilweise fundamentale Veränderung der institutionellen Rahmenbedingungen der österreichischen Wirtschaft. Ausgehend von der veränderten Rolle der OeNB bis hin zur WWU dominieren heute in der Makropolitik die europäischen Institutionen. Parallel dazu haben sich aber die institutionellen Voraussetzungen für die Finanzmärkte oder für das Regulierungssystem bzw. die Wettbewerbspolitik grundsätzlich verändert, wenn auch nur teilweise als unmittelbare Folge der EU-Integration. In manchen Bereichen, wie etwa auf dem Arbeitsmarkt, kann man sogar zum Schluss kommen, dass die Problemstellungen heute eigentlich mit denen vor dem EU-Beitritt weitgehend identisch sind.

Unzweifelhaft stellte die Integration Österreichs in die EU einen politisch wie ökonomisch wichtigen Einschnitt dar, der von großen Teilen der Bevölkerung sicherlich zurecht als „markante Beschleunigung“ des Veränderungstempos erlebt wurde und wird. Die Wirtschaftspolitik wird seither in weiten Bereichen von Regelungen auf europäischer Ebene bestimmt und hat an national bestimmbaren Handlungsspielräumen verloren. Umgekehrt profitiert eine kleine, offene Volkswirtschaft in einer Welt liberalisierter internationaler Märkte davon, dass heute vielfach nicht mehr nationale, sondern nur mehr europäische oder internationale Lösungen für wirtschaftspolitische Probleme zielführend erscheinen.

In diesem Sinn stellt sich die aktive Teilnahme eines kleinen Landes an der europäischen Integration als doppelte Herausforderung dar: Sie ist angesichts der Dimension vieler wirtschaftspolitischer Anforderungen nahezu unvermeidlich, gleichzeitig erfordert sie

Anpassungen der nationalen Voraussetzungen in einem wettbewerbsdominierten Umfeld. Wesentliche Grundlage des Erfolgs ist die Problemlösungskapazität auf europäischer Ebene, unter der politischen Mitwirkung aller Mitgliedstaaten.¹² Es geht im Kern um

eine europäische Politik, die das europäische Modell nachhaltig erfolgreich im Sinn seiner grundlegenden Zielsetzungen von Wachstum und Stabilität gestaltet (Blanchard, 2004; Rifkin, 2004).

¹² Die am 29. Mai und am 1. Juni durch Referendum erfolgte Ablehnung des EU-Verfassungsvertrags in Frankreich und in den Niederlanden stellt in dieser Hinsicht sicherlich eine Herausforderung dar, die in ihren Konsequenzen derzeit noch nicht eingeschätzt werden kann.

Literaturverzeichnis

- Alesina, A. und R. Perotti. 2004.** The European Union: A Politically Incorrect View. In: Journal of Economic Perspectives. Herbst.
- Badinger, H. 2003.** Wachstumseffekte der Europäischen Integration. Springer-Verlag. Wien-New York.
- Badinger, H und F. Breuss. 2004.** Has Austria's Accession to the EU Triggered an Increase in Competition? A Sectoral Mark-up Study. WIFO Working Paper 220.
- Backé, P. und P. Mooslechner. 2004.** From Transition to Monetary Integration: Central and Eastern Europe on its Way to the Euro. Comparative Economic Studies. März. 177-190.
- Baumgartner, J., J. Breuss, F. Kramer und H. Walterskirchen. 1997.** Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion. WIFO Working Paper.
- Beyrer, M., Ch. Schneider und S. Taglieber. 2004.** Österreich – 10 Jahre EU-Mitgliedschaft – Ein Themenauftritt. In: Wirtschaftspolitische Blätter 2.
- Blanchard, O. 2004.** The Economic Future of Europe. In: Journal of Economic Perspectives. Herbst.
- Braumann, B. 2002.** Financial Liberalization in Austria: Why so Smooth? In: Finanzmarktstabilitätsbericht 4. OeNB.
- Breuss, F., H. Handler, J. Stankovsky. 1988.** Österreichische Optionen einer EG-Annäherung und ihre Folgen. WIFO-Gutachten. Wien.
- Breuss, F. 1989.** Abschätzung möglicher Wohlfahrtseffekte eines österreichischen EG-Beitritts. In: Glatz, H. und H. Moser (Hrsg.): Herausforderung Binnenmarkt. Wien.
- Breuss, F. und F. Schebeck. 1989.** Die Vollendung des EG-Binnenmarktes. Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen. Makroökonomische Modellsimulationen. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen.
- Breuss, F., H. Handler und J. Stankovsky. 1989.** Österreichs Wirtschaft und die EG. In: WIFO-Monatsberichte 4.
- Breuss, F. 1990.** Integration in Europa und gesamtwirtschaftliche Entwicklung. EG und EFTA Staaten im Vergleich. WIFO. Wien.
- Breuss, F. und F. Schebeck. 1991.** Der EG-Binnenmarkt und Österreich. Sensitivitätsanalysen mit dem WIFO-Makromodell. Schriftenreihe der Bundeswirtschaftskammer: (72).
- Breuss, F. und F. Schebeck. 1991.** Österreich im EWR. In: WIFO-Monatsberichte 5.
- Breuss, F. 1992.** Statische und dynamische Effekte der bisherigen Europa-Integration Österreichs. WIFO Working Paper 50.
- Breuss, F. 1994.** Die Auswirkungen des Binnenmarktes auf den Dienstleistungssektor in Österreich. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen.
- Breuss, F., K. Kratena und F. Schebeck. 1994.** Effekte eines EU-Beitritts für die Gesamtwirtschaft und für die einzelnen Sektoren. In: WIFO-Sonderheft Mai.
- Breuss, F. 1995.** Die vierte EU-Erweiterung – um Österreich, Finnland und Schweden. In: WIFO-Monatsberichte 2.
- Breuss, F. 1996.** Austria's Approach Towards the European Union. Wirtschaftsuniversität Wien, Forschungsinstitut für Europafragen, IEF Working Paper: (18).
- Breuss, F. 1999.** Gesamtwirtschaftliche Evaluierung der EU-Mitgliedschaft Österreichs. In: WIFO-Monatsberichte 8.
- Breuss, F. 2000.** An Evaluation of the Economic Effects of Austria's EU Membership. In: Austrian Economic Quarterly 4.
- Breuss, F. 2002.** Die wirtschaftspolitische Architektur in der WWU. In: WIFO-Monatsberichte 9.
- Breuss, F. 2003.** Österreich, Finnland und Schweden in der EU. Wirtschaftliche Auswirkungen. In: WIFO-Monatsberichte 7.
- Breuss, F. 2003.** Reale Außenwirtschaft und Europäische Integration. Peter Lang Verlag. Frankfurt.

- Breuss, F. 2004.** Wie erfolgreich war die EU-Erweiterung um Österreich, Finnland und Schweden? In: Wirtschaftspolitische Blätter 2.
- Breuss, F. 2004.** EU-Erweiterung: Wirtschaftliche Auswirkungen. In: Wirtschaftspolitische Blätter 1.
- Breuss, F. 2005.** Austria, Finland and Sweden after 10 Years in the EU: Expected and Achieved Integration Effects. El Working Paper 65, März.
- Brunn, G. 2002.** Die Europäische Einigung. Stuttgart.
- Europäische Kommission. 2002.** Der Binnenmarkt – 10 Jahre ohne Grenzen. Special Edition. 2002.
- Felderer, B., R. Koman, K. Pichelmann und A. Wörgötter. 1994.** Wirtschaftliche Folgen der Ausgrenzung Österreichs von der Europäischen Union. Wien.
- Flam, H. 1995.** From EEA to EU: Economic Consequences for the EFTA Countries. In: European Economic Review 39. 3–4.
- Franzese, R., P. Mooslechner, P. und M. Schürz (eds.). 2004.** Institutional Conflicts and Competitivities. Monetary Policy and Wage Bargaining Institutions in EMU. Boston and Dordrecht.
- Hahn, F. R. und P. Mooslechner. 1999.** Zur Fundierung des Designs des Europäischen Zentralbanksystems. Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung 1. 49–60.
- Handler, H. 1996.** Der Einfluss der EU-Mitgliedschaft auf die nationale Wirtschaftspolitik. In: Wirtschaftspolitische Blätter 3–4.
- Handler, H. und E. Hochreiter. 1996.** The Austrian Economy in the European Economy. A First Assessment. WIFO Working Paper 88.
- Herz, D. 2002.** Die Europäische Union. München.
- Hughes-Hallett, A., P. Mooslechner und M. Schürz (Hrsg.). 2001.** Challenges for Economic Policy Coordination within Monetary Union. Dordrecht.
- Keuschnigg, Ch. und W. Kohler. 1996.** Austria in the European Union: Dynamic Gains from Integration and Distributional Implications. In: Economic Policy 22.
- Kramer, H. 1995.** Editorial: Österreichische Wirtschaftspolitik in einer neuen Umgebung. In: WIFO-Monatsberichte 1.
- Kramer, H. 1998.** Die Auswirkungen der Mitgliedschaft Österreichs in der EU – eine Zwischenbilanz. In: Khol, A., G. Ofner und A. Stirnemann (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik.
- Liebscher, K. 1996.** Ansprache des Präsidenten anlässlich der Generalversammlung der Oesterreichischen Nationalbank am 18. April.
- Marterbauer, M. 1995.** Makroökonomische Rahmenbedingungen der Budgetkonsolidierung in der EU. In: WIFO-Monatsberichte 8.
- Marterbauer, M. und H. Walterskirchen. 1999.** Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der Budgetkonsolidierungspolitik in der EU. In: WIFO-Monatsberichte 4.
- Mooslechner, P. 2000.** Geldpolitik und geldpolitische Strategie in Zeiten der Währungsunion: Veränderte Rahmenbedingungen – neue Herausforderungen. In: Berichte und Studien 2. OeNB. 74–87.
- Mooslechner, P. 2001.** Fiskalpolitische Konzeptionen der europäischen Wirtschaftspolitik. In: Berichte und Studien 2. OeNB. 106–121.
- Mooslechner, P. 2004.** The Transformation of the European Financial System – A Brief Introduction to Issues and Literature. In: Workshop Series 1. OeNB. 7–22.
- Mooslechner, P. 2004.** EU Enlargement and Monetary Integration – the Next Steps: ERM II and Beyond. In: Liebscher, K., J. Christl, P. Mooslechner und D. Ritzberger-Gruenwald. 161–175.
- Mooslechner, P. 2004.** The Challenge of Economic Growth – What Are the Issues? In: Workshop Series 2, OeNB. 8–16.
- Neisser, H. und S. Puntischer-Riekmann. 2002. (Hrsg.)** Europäisierung der österreichischen Politik. Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft. Wien.
- Pollan, W. 1996.** Der Verlauf der Verbraucherpreise nach dem EU Beitritt. In: WIFO-Monatsberichte 69(9).

- Pollan, W. 1998.** Preiseffekte von Integration und Währungsunion. WIFO-Monographie 3.
- Pollan, W. 1999.** Estimating the Economic Effects of Immigration in a Not Strictly Segmented Labor Market. The Case of Germany and Austria. WIFO Working Paper 119.
- Prescott, E. 2003.** Why Do Americans Work So Much More Than Europeans? Federal Reserve Bank of Minneapolis Research Department Staff Report 321. November.
- Raiffeisen Research. 2004.** Österreich 10 Jahre in der EU. Wien. Dezember.
- Rifkin, J. 2004.** Der Europäische Traum. Frankfurt und New York.
- Samuelson, P. 2004.** Where Ricardo and Mill Rebut and Confirm Arguments of Mainstream Economists Supporting Globalization. In: Journal of Economic Perspectives. Sommer.
- Sandgruber, R. 1995.** Ökonomie und Politik – Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Wien.
- Sapir, A., P. Aghion, G. Bertolla, M. Hellwig, J. P. Ferry, D. K. Rosati, J. Vanals, H. Wallace, M. Buti und M. Nava. 2004.** An Agenda for a Growing Europe: The Sapir Report. Oxford.
- Schneider, M. 1994.** Chancen und Risiken der Landwirtschaft im EU-Binnenmarkt. In: WIFO-Monatsberichte. Sonderheft. Mai.
- Seidel, H. 2005.** Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Wien.
- Sinabell, F. und E. Schmid 2003.** Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU. Wichtige Konsequenzen für Österreichs Landwirtschaft. In: WIFO-Monatsberichte 76(6).
- Vocelka, K. 2002.** Geschichte Österreichs. München.